

Email : bi.asyl@yahoo.com



Einige Positionen zur Kommunalwahl 2026

I. Grundsätzliches

Danke für städtische Patenschaft für Sea Eye und 30 000 Spenden

- während die Bundesregierung beschlossen hat, Fördermittel für zivile Seenotrettung zu streichen und damit bewusst noch mehr Ertrinkende im Mittelmeer zu verantworten hat, hat dieser Beschluss der Stadt Regensburg auch eine sehr hohe symbolische Bedeutung

Unterstützung der Positionen von AGABY und Integrationsbeirat

- Als beratendes Mitglied im Integrationsbeirat unterstützen wir die Positionen und Stellungnahmen von AGABY (Dachverband der Integrationsbeiräte in Bayern) und des Integrationsbeirates der Stadt Regensburg (zuletzt u.a. : Kommunalpolitische Forderungen, Aufruf „Migration als Chance begreifen“, Erklärung zur „Stadtbild“-Debatte, Fairnessvereinbarung für den Kommunalwahlkampf)

Orientierung an den Positionen von Pro Asyl, Bayerischer Flüchtlingsrat und UnserVETO

- In flüchtlings-/ asylrelevanten Fragen orientieren wir uns an den Positionen von Pro Asyl und den bayerischen Dachverbänden Bayerischer Flüchtlingsrat und unserVETO und erwarten - soweit es kommunalpolitisch möglich ist - diese aufzugreifen und umzusetzen

Gleiche Rechte für Alle

- Wir vertreten die Position „Gleiche Rechte für Alle“, unabhängig von Nationalität, Geschlecht, Hautfarbe und Religion. Nicht dieses trennt die Menschen, sondern Reichtum und Armut bzw. Chancen und Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe

II. Einige konkrete Erwartungen

Behandlungszentrum für Geflüchtete mit psychischen Belastungen:

- städtische Beteiligung an der Finanzierung eines Behandlungszentrums für Geflüchtete mit psychischen Belastungen und den 2024/25 entstandenen Beratungsangeboten von Caritas, a.a.a., Johanniter, Malteser und ihren gemeinsamen Bemühungen (vgl. u.a. PSAGkonzept 05/21, Empfehlungen für städt. Integrationskonzept 07/23, Finanzierungsbeteiligung der Stadt München an refugio)

Bezahlkarte:

- Die Abschaffung der Bezahlkarte auf politischem Weg ist derzeit angesichts der Koalitionsvereinbarung der Bundesregierung unrealistisch. Offen ist noch der Ausgang der juristischen Klagen von Pro Asyl und GFF. Solange die Bezahlkarte eingesetzt werden muss, soll die Stadt Regensburg ihren Einsatz so großzügig wie möglich gestalten, eine "kommunale drop out Möglichkeit" wie in anderen Bundesländern fordern, und auf Tauschmöglichkeiten und -stellen hinweisen und diese unterstützen

Recht auf Freizügigkeit

- Die Stadt Regensburg soll sich dafür einsetzen, dass alle Geflüchteten - so wie die aus der Ukraine - aus Gemeinschaftsunterkünften ausziehen können. Solange ihnen dies gesetzlich verboten ist, sollen Anträge auf Auszugserlaubnis großzügig und zeitnah bearbeitet und im Rahmen des Ermessens möglichst Bewilligung empfohlen werden

Wohnberechtigungsschein

- Bei Duldung über 1 Jahr, insbesondere bei Ausbildungs- oder Beschäftigungsduldung/ -erlaubnis, soll Wohnberechtigungsschein ausgestellt werden

Erteilung von Aufenthaltserlaubnis und Duldungsdokumenten.

- Diese Dokumente werden so lange wie möglich im Interesse der Antragsteller und um die Arbeitsbelastung der Mitarbeiter im Ausländeramt zu verringern ausgestellt

Anträge auf Arbeits- oder Ausbildungserlaubnis

- Anträge werden zeitnah bearbeitet und im Rahmen des Ermessens großzügig im Interesse der Geflüchteten und der Betriebe bewilligt

Kommunales Wahlrecht für Migrant* Innen

- Die Erwartung von AGABY und Integrationsbeirat „kommunales Wahlrecht für Migrant* innen“ wird öffentlich aufgegriffen

Förderung Integrationsbeirat und Antidiskriminierungsstelle

- Die Stadt Regensburg fördert Integrationsbeirat und Antidiskriminierungsstelle mit mehr Kompetenzen, verbesserter Mittelausstattung und setzt sich für eine Antidiskriminierungsstelle auf Landesebene ein

Aufstockung der Ausländerbehörde

- Ausländeramt wird personell aufgestockt und bzgl. Digitalisierung effizienter gestaltet

Gerne kommen wir zu Sitzungen von Parteigliederungen oder Stadtratsfraktionen, um einzelne Punkte zu besprechen, näher zu erläutern und zu diskutieren.

BI Asyl Regensburg, Januar 2026